

Stand und Zukunft der internationalen und deutschen Entwicklungszusammenarbeit - wissenschaftliche Perspektiven

Joachim von Braun, Zentrum für Entwicklungsforschung, Universität Bonn¹

Zusammenfassung

- Die internationale und deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist im Umbruch. Auf Jahrzehnte großer Erfolge in Armuts- und Hungerbekämpfung, Gesundheit und Bildung folgen massive Budgetkürzungen, insbesondere in den USA aber auch in Deutschland und weiteren Geberländern.
- Diese Entwicklung stellt auch deren Ziele, Legitimität und institutionelle Architektur grundlegend infrage. EZ wird zunehmend instrumentell begründet – etwa durch Sicherheits-, Migrations- oder Handelsinteressen – statt als Ausdruck globaler Solidarität und gemeinsamer Verantwortung.
- Kürzungen erzwingen Priorisierung, die strategisch, evidenzbasiert und ethisch begründet sein muss. Ohne klare Prioritäten drohen Wirkungsverluste, Marginalisierung der Ärmsten und sinkende gesellschaftliche Akzeptanz.
- Überfrachtung mit Zielen – auch im Rahmen der SDGs – habe zu Ineffizienz und Fragmentierung geführt. Für die Zeit nach 2030 ist eine wissenschaftlich fundierte Agenda mit logisch an Zielen orientierten Mitteln, informiert von klaren Theorien des Wandels notwendig. Eine stärkere Rolle von Partnerschaften mit Wissens-Systemen und Forschungsakteure in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen würde dies befördern.
- EZ sollte ethisch in Rechten und in Solidaritätsprinzipien verankert sein. Die Verbesserung der Lebenssituation von marginalisierten Mitmenschen in Stadt und Land sollte im Zentrum der EZ stehen. Die realen Empfindungen relativer Benachteiligung, die Solidarität untergraben sollten stärker beachtet werden.
- Eine Neuausrichtung der deutschen EZ sollte stärkere Konzentration auf die ärmsten Länder und weiterhin Pflege multilateraler Institutionen beinhalten. Dabei sollte die deutsche EZ die strategischen Ziele der Partner respektieren und sich daran ausrichten, wie z.B. in Afrika der CAADP und Kampala Declaration 2025.
- Verankerung der EZ in der Gesellschaft und ihre flexiblere Handlungsfähigkeit im komplexeren internationalen Umfeld, erfordern für die Umsetzung von EZ eine stärkere Rolle und vermehrte Förderung von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft.
- Neuorientierung bei knapperen Mitteln könnte auch positive Nebenwirkungen haben, wenn daraus Partnerschaften mit mehr lokaler Verantwortung, wissenschaftsbasierte Prioritäten unter Einbeziehung indigenen und lokalen Wissens, von Ethik, Gerechtigkeit und Solidarität geleitete EZ resultieren.

¹ Vortrag bei der Frühjahrssitzung der Deutschen Kommission Justitia et Pax zu EZ im Umbruch. Siegburg 6. März 2026

1. Wendepunkt für die Entwicklungszusammenarbeit

Das Tragische an der aktuellen Situation der internationalen EZ ist, dass sie auf eine Phase außerordentlicher Erfolge folgt. Von den 1990er Jahren bis Mitte der 2010er Jahre verbesserten sich die Entwicklungsergebnisse in den Bereichen Armuts- und Hungerbekämpfung, Lebenserwartung, Gesundheit und Bildungsbeteiligung schneller als jemals zuvor in der Weltgeschichte. Der Klimawandel wurde verlangsamt, wenn auch nicht umgekehrt. Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) war Teil dieses Erfolgs. Deutsche EZ hat zu den Erfolgen beigetragen - bilateral and multilateral; war zweitgrößter Geber nach den USA und hat wichtige konzeptionelle Impulse eingebracht, z.B. mit der Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger (SEWOH)² und im G7 Kontext.

Mit Blick auf die Zukunft erfordern die Herausforderungen der Entwicklung nach wie vor erhebliche Finanzmittel. Diese Ressourcen werden nun nicht in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Die deutsche EZ steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Das deutsche Entwicklungsbudget ist signifikant gekürzt und soll nach den Plänen der Bundesregierung noch weiter gekürzt werden. Dies ist keine isolierte Anpassung. Sie erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem das globale System der EZ nach drastischen Kürzungen durch die USA und Kürzungen mehrerer europäischer Geber unter Druck steht.

Was wir derzeit erleben, ist nicht nur eine finanzielle Kontraktion, sondern eine tiefgreifende Transformation der politischen Ziele, normativen Grundlagen und institutionellen Architektur der EZ. Die Frage ist nicht mehr nur, wie viel Hilfe geleistet wird, sondern wozu EZ dient, wem sie zugutekommen soll und wie sie in einer zunehmend fragmentierten und umkämpften Weltordnung organisiert werden soll. Sinn und Zweck von EZ wird von Teilen der Bevölkerung und Teilen des Parlaments auch stark hinterfragt und ist Gegenstand von polarisierenden Debatten.

Für Deutschland machen die Haushaltskürzungen nun Priorisierung unumgänglich. Wenn diese Entscheidungen nicht strategisch getroffen werden – und sich auf Ethik und wissenschaftliche Analysen stützen, werden sie implizit getroffen, durch pauschale Kürzungen, die die Wirksamkeit verringern, die Ärmsten marginalisieren und die öffentliche Legitimität untergraben.

2. Das globale System unter Druck

Um die Auswirkungen der Entscheidungen Deutschlands zu verstehen, müssen sie im Kontext der allgemeinen Krise des globalen Entwicklungskooperationssystems betrachtet werden. EZ bezieht sich auf die Architektur von Akteuren, Normen, Instrumenten und Institutionen, die Ressourcen, Wissen und politische Unterstützung für Entwicklungsziele mobilisieren. Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) bleibt ihre zentrale finanzielle Säule, neben Klimafinanzierung, Philanthropie, privatem Kapital und Entwicklungsbanken.

² H. Baumüller, A.O. Fatunbi, J. von Braun. 2025. Innovations for sustainable food systems in Africa <https://research4agrinnovation.org/publication/pari2014-2024/>

Seit Mitte der 2010er Jahre haben geopolitische Rivalitäten, die innenpolitische Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe, der Aufstieg nationalistischer Politik und konkurrierende Entwicklungsmodelle die gemeinsamen Normen untergraben. Die zweite Trump-Regierung hat diesen Trend durch groß angelegte Einfrierungen und Streichungen von Hilfgeldern, insbesondere im Bereich der globalen Gesundheit, noch beschleunigt.

Aktuellen Schätzungen zufolge könnte die weltweite ODA um 50 bis 60 Milliarden US-Dollar pro Jahr sinken – das entspricht bis zu einem Drittel des gesamten Hilfsvolumens. Das ist keine abstrakte Zahl. Daten aus den Bereichen globale Gesundheit und Ernährungssicherheit deuten darauf hin, dass jedes Jahr Hunderttausende, möglicherweise sogar über eine Million Menschen zusätzlich sterben, weil die Hilfe abrupt gekürzt wurde.

Die Krise ist sowohl quantitativ als auch qualitativ: quantitativ, weil die Finanzmittel schrumpfen; qualitativ, weil die Legitimität und der Zweck der EZ in Frage gestellt werden. Die moralische Einordnung der EZ – als Beitrag zu globalen öffentlichen Gütern und gemeinsamer Verantwortung – wird zunehmend durch transaktionale Narrative ersetzt: Migrationsabschreckung, Sicherheitsorientiertheit, nationale Handelsförderung oder ideologische Angleichung. Dieser Shift zu Transaktionalität geht über interessensgeleitete EZ hinaus und zielt darauf ab einen direkten „Return on Investment“ nicht primär im Partnerland, sondern auf Geberseite zu generieren. Das deutet sich auch auf EU-Ebene z.B. mit „Global Gateway“ Programm an.

Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) für humanitäre Maßnahmen zur Bewältigung von klimabedingten und konfliktbedingten Krisen wird stark gekürzt. Das Krisenmanagement angesichts der Kürzungen zwingt zu reduzierter Humanität: Mitte 2025 führte das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) als Reaktion auf drastische globale Mittelkürzungen einen Ansatz zur Planung mit höchster Priorität ein, bei dem die Hilfsaufrufe auf die dringendsten, lebensbedrohlichen Bedürfnisse beschränkt wurden – „Hyper-prioritization“ heißt das harte Konzept. Durch überarbeitete Methoden zur Berechnung der Zahl der bedürftigen Menschen wurden die gemeldeten Zahlen trotz wachsender Bedürfnisse reduziert, wodurch das Risiko einer Unterzählung gefährdeter Bevölkerungsgruppen gestiegen ist. Man konzentriert sich auf die humanitären Notfälle der Schweregrade 4–5.

Altruismus schwindet auf internationaler und auf nationaler Ebene.

3. Ethik, Gerechtigkeit und Solidarität als Fundamente

Wir müssen uns angesichts der neuen Trends in der EZ mit dem alten Solidaritätsparadoxon neu auseinandersetzen: Einerseits gibt es so viel Solidarität zwischen Einzelpersonen in Familien, Krankenhäusern, Religionsgemeinschaften und Nachbarschaften, andererseits gibt es enorme Solidaritätsdefizite zwischen Nationen und Solidaritätsversagen bei der Bewältigung der globalen Probleme von Armut und Hunger und der Zerstörung unseres Planeten. Erinnern wir uns an den unfairen Umgang mit Vaccinen zwischen reicher und

armer Welt während der Pandemie und den betreffenden Patenten. Wir müssen Wege finden, um dieses Mikro-Makro-Paradoxon der Solidarität zu überwinden.

Solidarität hat intrinsischen Wert – Ausdruck von Mitgefühl, Fürsorge, Nächstenliebe – und ist für die menschliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Habermas (1986) betont, Gerechtigkeit verlangt, dass alle Personen als gleichberechtigte autonome Subjekte respektiert werden, und Solidarität verlangt, dass wir füreinander Verantwortung übernehmen, weil wir Teil derselben sozialen Lebenswelt sind, also Solidarität nicht auf kleine Gemeinschaften zu beschränken. Ein umfassendes Solidaritätskonzept steht auch im Einklang mit Kants Konzept, wonach alle Menschen ein „Reich der Zwecke“ bilden, das sich aus dem kategorischen Imperativ ableitet. Jeder Einzelne habe Rechte und Pflichten, und alle Menschen sind in verbindlicher Weise Nachbarn untereinander. Das mag utopisch klingen, doch Rawls betrachtet ebenso wie Kant universelle Pflichten gegenüber anderen Menschen und deren Wohlergehen als wesentliche Voraussetzungen für Menschenrechte.

Solidarität wird zunehmend von Empfinden *relativer Benachteiligung* unterminiert. Relative Benachteiligung (relative Deprivation) ist das, was Menschen im Vergleich zu anderen für angemessen halten. Die weltweit operierenden sozialen Medien haben dem Empfinden relativer Benachteiligung enormen Vorschub geleistet. Das bleibt. Relative Benachteiligung untergräbt den sozialen Zusammenhalt. In einer global informierten Welt gewinnt relative Benachteiligung zunehmend an Bedeutung. EZ mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschl. kirchlichen, sollte sich dem Problem relativer Benachteiligung vermehrt zuwenden, mit neuen Instrumenten zur Förderung von Partizipation.

EZ, Wissenschaften, Zivilgesellschaft einschl. religiösen Gemeinschaften sollten darauf hinarbeiten, die Erkenntnisse von der lokalen Ebene auf die globale Ebene zu übertragen. Solidarität in Schlüsselbereichen sind z.B. Solidarität zur Überwindung von Hunger und Marginalität, Solidarität zur Bewältigung der Klimakrise und zur Erreichung nachhaltigen Konsums, Solidarität mit der Natur und den Tieren, Solidarität beim Umgang mit Pandemien. Auf päpstliche Enzykliken zu globalen Herausforderungen von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Ausgrenzung sei verwiesen, so RERUM NOVARUM – über Kapital und Arbeit (Papst Leo XIII., 1891) zu der Papst Leo XIV eine neue Enzyklika plant und LAUDATO SI' (Papst Franziskus, 2015). Eine Synthese dieser Schriften, auch unter Beachtung der weltverändernden Wirkungen von KI für Beschäftigung, Bildung, Dienstleistungen und relative Benachteiligung, könnte für das Grundverständnis zukünftiger EZ hilfreich sein. Gemeinsam können Wissenschaft und Glaube das Solidaritätsparadoxon angehen: Die Solidaritäten auf individueller, familiärer und gemeinschaftlicher Ebene müssen trotz aller spaltenden politischen und wirtschaftlichen Widrigkeiten auch auf die Makroebene übertragen werden, wie Philosophie und Religionen nahelegen.

4. Für Post-2030 eine Theorie des Wandels nutzen

Die 17 SDGs und ihre 169 Unterziele spiegeln legitime Bestrebungen wider, haben aber auch zu Fragmentierung, Mission Creep und unrealistischen Erwartungen geführt. Wissenschaft kommt in der SDG-Agenda praktisch nicht vor, ist allerdings von den UN inzwischen vermehrt einbezogen worden, so z.B. in die Prozesse der UN-Ernährungsgipfel – den Food Systems Summits – zur Überwindung von Hunger und Erreichung nachhaltiger Ernährungssysteme.³ Eine Post 2030 Agenda muss nun rasch entwickelt werden

Auch die deutsche Entwicklungspolitik steht vor einem strukturellen Dilemma. In den letzten Jahrzehnten hat sich auch bei ihr die Zahl der mit der EZ verbundenen Ziele erhöht. Sie versuchte, zu viele Dinge an zu vielen Orten mit zu wenigen Instrumenten zu tun. Oft fehlten ausreichend klare Theorien des Wandels und die grundlegende wissenschaftliche Erkenntnis, dass für effizientes Vorgehen zur Erreichung multipler Ziele, ebenso viele Instrumente erforderlich sind (Tinbergen). Die versteckten Kosten sind gut dokumentiert: Projekte mit mehreren Zielen schneiden in Evaluierungen schlechter ab; Der Verwaltungsaufwand steigt; Skaleneffekte gehen verloren; Das Verständnis der Öffentlichkeit und die politische Unterstützung schwinden. Bei der Priorisierung geht es also nicht darum, etwa Solidarität aufzugeben, sondern um Effektivität und Glaubwürdigkeit. Ethik und wissenschaftlich fundierte Analysen – von Auswirkungen, Kosteneffizienz, Verteilungsergebnissen und Nachhaltigkeit – können diese politischen Entscheidungen informieren.

Die Reformagenda lässt sich anhand von drei strategischen Entscheidungen organisieren, die dem Kernauftrag der EZ entsprechen: 1) Welche Themen sollte Deutschland priorisieren? 2) Mit welchen Ländern sollte Deutschland zusammenarbeiten? 3) Welche Instrumente mit welchen Partnerschaften sollte Deutschland in den Vordergrund stellen? Alle drei Entscheidungen hängen entscheidend von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Datensystemen und Analysekapazitäten ab. Ohne diese besteht die Gefahr, dass die Prioritätensetzung eher von institutioneller Trägheit oder politischer Symbolik als von Effektivität bestimmt wird. Das legt nahe: Deutschland sollte sich auf eine begrenzte Anzahl thematischer Prioritäten konzentrieren, die auf Armutsbekämpfung, Ungleichheit, Klima-Resilienz, menschliche Entwicklung und globale öffentliche Güter ausgerichtet sind. Der Reformplan des BMZ geht Vernünftigerweise in diese Richtung.

Jede Priorität muss allerdings durch klare *Theorien des Wandels* und eine solide Bewertung untermauert werden. In den letzten zehn Jahren gab es zahlreiche Kritiken an den SDGs, in denen eine Vielzahl von Mängeln aufgezeigt und Empfehlungen zur Verbesserung der Ziele und ihrer Umsetzung ausgesprochen wurden. Den Rahmenbedingungen für Transformationen in verschiedenen politischen Systemen sowie dem „Was“ und „Wie“ von Systemtransformationen zur Erreichung der SDGs wurde nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Ein Change-Theory-Ansatz hilft, vergleichende und kombinierte Auswirkungen verschiedener Vorschläge zu bewerten.

³ J. von Braun, K. Afsana, L. O. Fresco, M. Hag Ali Hassan (ed.) 2023. *Science and Innovations for Food Systems Transformation*. Springer. Open access. <https://doi.org/10.1007/978-3-031-15703-5>

Bei der Bewertung verschiedener Vorschläge für den Rahmen nach 2030 ist politische Durchführbarkeit zu berücksichtigen. Die Agenda nach 2030 wird in einem volatileren und fragmentierten politischen Umfeld stattfinden als zum Zeitpunkt der Verabschiedung der SDGs. Durchführbarkeit in Partnerschaft wird gestärkt, wenn die EZ die strategischen Ziele der Partner respektiert und sich daran ausrichtet, so z.B. dem African Continental Free Trade Area (AfCFTA) und der Agri-Food Agenda der Afrikanischen Union (CAADP / Kampala Declaration).

5. Prioritäten – Länder, Ziele, Instrumente und Organisation

Das BMZ ist derzeit in ca. 110 von 141 ODA-förderfähigen Ländern tätig. Dies ist bei knapperen Mitteln weder finanziell noch strategisch sinnvoll. Differenzierte Prioritäten für Partnerländer und das regionale Profil des BMZ werden im BMZ-Reformplan „ZUKUNFT ZUSAMMEN GLOBAL GESTALTEN“ in guter Weise betont. Hilfe ist dort am wirksamsten, wo die extreme Armut am größten ist. Die deutsche Öffentlichkeit bevorzugt es, wenn die Hilfe in die ärmsten Länder fließt. Sozialbereiche, die für die menschliche Entwicklung von zentraler Bedeutung sind wie Hunger Bekämpfung und Gesundheit, genießen die höchste Legitimität. Ein neues politisches Grundverständnis zwischen Gebern und Partnern erfordert allerdings gegenseitige Rechenschaftspflicht und Nutzung gemeinsamer Erkenntnisse.

Analysen zeigen, dass viele BMZ-Partnerländer bereits gut von anderen Gebern versorgt werden, während eine Gruppe von Ländern mit hoher Armut systematisch unterfinanziert bleibt. Schrittweise sollte Deutschland die Zahl der Partnerländer reduzieren und die Ressourcen dort konzentrieren, wo der Bedarf am größten und Alternativen rar sind.

Humanitäre Hilfe sollte sich allerdings nicht an nationalen Grenzen orientieren, denn sie erfordert oft den Einsatz über Ländergrenzen hinweg oder auch in Regionen innerhalb von Ländern.⁴ Es widerspricht moralischen Prinzipien und Effizienzkriterien, die humanitäre Hilfe so zu kürzen, wie in Deutschland geschehen.

Für die langfristige Verankerung – nicht nur Akzeptanz - der EZ in der Gesellschaft ist die Organisation von EZ bedeutsam. Zudem muss sich EZ angesichts veränderter internationaler Lagen und Konflikte mit mehr Flexibilität ausstatten. Dafür ist größere Vielfalt und Diversifizierung von Akteuren notwendig. Angesichts dieser beiden Bedingungen – Verankerung in der Gesellschaft und Kapazität für Flexibilität – sollte die deutsche EZ den zivilgesellschaftlichen Organisationen und der privaten Wirtschaft, einschließlich innovativen Startups und Mittelstand, eine viel größere Rolle zugestehen und dies auch mit EZ-Mitteln entsprechend fördern.

Für spezifische Themen und im spezifischen Kontext sollten stets die wirkungsvollsten und effizientesten Akteure identifiziert werden, in Deutschland und in den Partnerländern. Optimierung des Ökosystems von potentiellen Akteuren und Investoren der EZ sollte bedacht

⁴ J. von Braun, B. Iseli, M. Torero, P. Turkson (ed.) 2024. *Food and Humanitarian Crises: Science and Policies for Prevention and Mitigation*. Scripta Varia 154, LEV, Vatican City, 2024 pp. 384 DOI: [10.65398/PGDW4081](https://doi.org/10.65398/PGDW4081)

werden. Die starke Abhängigkeit Deutschlands von der Umsetzung der EZ über eine große Einrichtung technischer Zusammenarbeit kann der neuen Lage allein nicht gerecht werden. Sie wirft Fragen hinsichtlich Kosteneffizienz, Wettbewerb und Eigenverantwortung auf. Zudem würde offenerer Wettbewerb und Stärkung lokaler Kapazitäten in den Partnerländern die Wirtschaftlichkeit und die langfristige Wirkung verbessern.

Es gibt starke empirische und geopolitische Argumente für den Schutz der multilateralen Finanzierung. Multilaterale Institutionen gehören zu den wirksamsten Akteuren der EZ, arbeiten in großem Maßstab, verringern Fragmentierung und genießen ein relativ hohes Maß an Vertrauen in der Öffentlichkeit. Sie sind auch zentrale Plattformen für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Datenharmonisierung und gemeinsames Handeln in Klima-, Gesundheits-, Umwelt- und Nahrungsmittelkrisen, also den Schutz öffentlicher Güter. Deutschland sollte daher die Kernfinanzierung multilateraler Programme vor Kürzungen schützen.

Die Forschungs-Community kann im Post-2030 Prozess eine Schlüsselrolle spielen. Die Überlegungen zu einer Agenda für die Zeit nach 2030 haben bereits begonnen und bieten Gelegenheit für Vorschläge aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Gestaltung eines wirksameren Rahmens zur Verbesserung der Umsetzung nach 2030.

6. Wissenschaft, Entwicklung und Politik

Die bis hier gemachten Anmerkungen sollten verdeutlicht haben, dass EZ eine komplexe Agenda beinhaltet und von Daten, Analysen und Forschung informiert werden muss. Wissenschaft ersetzt Politik nicht – aber sie macht politische Entscheidungen transparenter.

Wissenschaft und Wissenssysteme sind von zentraler Bedeutung, um ein neues gemeinsames Grundverständnis für EZ zu erreichen, denn parallel zu dem Wandel der EZ findet ein anderer Wandel statt, der der Entwicklung nutzen kann aber von traditionellen Entwicklungsakteuren kaum wahrgenommen wird: in der internationalen Forschungslandschaft spielen Länder mit niedrigen oder mittleren Einkommen eine rasch wachsende Rolle. Dies z.B. in Afrika mit den 16 Forschungsuniversitäten, mit den Akademien der Wissenschaften in über 60 Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen. China liegt inzwischen nicht nur mit ca. 27% der weltweiten wiss. Publikationen vor EU (ca. 22%) und USA (ca. 15%), sondern kooperiert auch besonders stark mit wissenschaftlichen Partnern in Schwellenländern. Forschungsnetzwerke die Satellitendaten nutzen, Ursachenanalysen zu Evidenz mit realistischen Modellen betreiben, partizipative Experimente und Nutzung von KI werden EZ effizienter und effektiver machen, auch lokal.

Die EZ sollte diese Trends stärker beachten. Der BMZ-Reformplan betont „Im Bereich der Forschung konzentriert sich das BMZ auf die Förderung der Programme des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Die bilaterale Zusammenarbeit zu Hochschulbildung wird beendet... Wissenschaftliche Evidenz soll künftig noch systematischer dazu beitragen, innerhalb der strategischen Prioritäten des BMZ diejenigen Ansatzpunkte zu identifizieren, die ein überzeugendes Verhältnis von erwartbarer Wirkung, Wirtschaftlichkeit und Umsetzungsfähigkeit aufweisen.“ Dabei ist die

Förderung von DAAD und AvH Stiftung sehr zu begrüßen. Zudem sollte auch die DFG ihre Konzepte mehr für beiderseitige Exzellenzförderung von gemeinsamer Forschung deutscher Wissenschaftler mit Partnern in Ländern mit Mittlerem und niedrigem Einkommen öffnen, also diese Partner in die Förderung einbeziehen.

Zu enge Instrumentalisierung von Wissenschaft für Evaluierung und Monitoring ist allerdings nicht zielführend für Innovationen in der EZ. EZ leidet verbreitet unter einer Einstellung, dass Praxis von Wissenschaft nicht verstanden wird, und stört. „Can Do“ Attituden von Generalisten sind ebenfalls verbreitet. Hier ist Umdenken gefordert, denn Entwicklungsforschung ist oft sehr nahe an den Problemen und im direkten Austausch mit marginalisierter Bevölkerung und mit Entscheidungsträgern in Partnerländern. Der Austausch mit gegenseitigem Respekt zwischen Wissenschaften und Trägern von Wissen Indigener Völker und lokalen Wissens hat große Potentiale z.B. im Bereich Medizin, Umwelt, Biodiversitätsschutz.⁵

Die Wissenschaft ermöglicht - ja erfordert – Systemdenken in der EZ. Armut, Ungleichheit, Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt sind eng miteinander verbunden. Lineare, Sektor-bezogene Ansätze reichen nicht aus. Forschung hilft bei Identifizierung von Zielkonflikten und Rückkopplungsschleifen. Sie stellt Optionen bereit für gerechte Transformationen, die ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Inklusion verbinden. Zudem ist Grundlagenforschung inzwischen viel näher an technologische Lösungen für Entwicklungsprobleme herangerückt, so im Bereich Live Science, Bioscience, Pflanzenzüchtung, Diagnostik von Infektionen, Robotik und KI in der Forschung, Klimaforschung und bald auch Quantum Science and Technology.⁶

Eine wissenschaftlich fundierte EZ erfordert Schutz der wissenschaftlichen Freiheit und offene und inklusive Wissenssysteme. Wissenschaftsfreiheit ist aber derzeit in vielen Ländern unter Druck, nicht nur in den USA. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden negiert, nicht nur bei Klima und Impfschutz. Seitens der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften haben wir uns dazu im vergangenen Jahr in einer viel beachteten Stellungnahme besorgt geäußert.⁷ Das ist von vielen sehr begrüßt worden, aber nicht überall.

8. Fazit

⁵ Indigenous Peoples' Knowledge and the Sciences: Combining Knowledge and Science on Vulnerabilities and Solutions for Resilience. Joachim von Braun and Helen Alford (eds.) Scripta Varia 157, LEV, Vatican City, 2025 pp. 440 DOI: [10.65398/OMJD7446](https://doi.org/10.65398/OMJD7446)

⁶ Science for Sustainability and Wellbeing in the Anthropocene: Opportunities, Challenges, and AI Proceedings of the Plenary Session | 23-25 September 2024 J. von Braun (ed) Acta 28 | Vatican City 2025 DOI: [10.65398/MXJW4309](https://doi.org/10.65398/MXJW4309)

⁷ Protecting Freedom of Science and Preventing Distortion of Scientific Truth. A Statement of Concern from the Pontifical Academy of Sciences. The Vatican. 2025.
<https://www.pas.va/content/dam/casinapioiv/pas/pdf-vari/PAS-Statement-freedom-of-science-16-6-25.pdf>

- Die Zukunft der internationalen und der deutschen EZ ist nicht vorbestimmt. Die Budget-Kürzungen sollten nicht schlicht so für die Zukunft hingenommen werden. Sie sind unsozial, unsolidarisch und dienen nicht dem Frieden. Priorisierung bei stets knappen Mitteln sollte evidenzbasiert und ethisch begründet sein.
- EZ sollte Ausdruck globaler Gerechtigkeit, Solidarität und gemeinsamer Verantwortung sein, nicht vorwiegend von nationalen Prioritäten instrumentalisiert werden, wie Sicherheits-, Migrations- oder Handelsinteressen.
- Für die Post 2030 Agenda und die deutsche EZ ist eine wissenschaftlich fundierte Agenda mit klaren Theorien des Wandels hilfreich. Partnerschaft mit den zunehmend stärkeren Forschungsakteuren in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen dienen einer realistischen EZ-Zukunftsagenda.
- Tiefere Verankerung internationaler Kooperation und EZ in der Gesellschaft und ihre flexiblere Handlungsfähigkeit im komplexeren internationalen Umfeld erfordern eine stärkere Rolle und Förderung von Organisationen der Zivilgesellschaft und Einbeziehen von Privatwirtschaft in der Umsetzung von EZ.